



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Berlin: Werkswohnungsbau für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

24.09.2021 Fachinformation

Der Senat von Berlin hat am 21. September 2021 über allgemeine Handlungsansätze zum Beschäftigtenwohnen für öffentlich Bedienstete beschlossen. Der Wohnungsbau auf Flächen in öffentlichem Eigentum, zum Beispiel Liegenschaften der Polizei oder der Feuerwehr, der BVG oder der Hochschulen, soll vor allem durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften realisiert werden. Die effiziente Nutzung von innerstädtischen Grundstücken leistet auch einen Beitrag zur klimafreundlichen Siedlungsentwicklung.

Ziel ist es, untergenutzte Flächen landeseigener Unternehmen und öffentlicher Institutionen für den Wohnungsbau zu mobilisieren. Diese neu geschaffenen Wohnungen sollen gezielt den Beschäftigten der jeweiligen Dienststellen und Betriebe angeboten werden und damit auch einen Beitrag zur Fachkräftesicherung im öffentlichen Dienst leisten.

Sebastian Scheel, Senator für Stadtentwicklung und Wohnen: „Mit dem heutigen Beschluss knüpfen wir an die Tradition des Berliner Werkswohnungsbaus an. Es ist richtig und in Anbetracht des Fachkräftemangels wichtig, öffentliche Liegenschaften besser zu nutzen, um leistbaren Wohnraum für Landesbedienstete zu schaffen. Das kann zum Beispiel durch eine intelligente Überbauung von Parkplatz- oder Lagerflächen geschehen, aber auch, in dem wir unterausgenutzte Flächen stärker verdichten. Die kurzen Wege zwischen Arbeitsstelle und Zuhause sorgen für ein Plus an Lebensqualität und entlasten gleichzeitig durch weniger Verkehr auf den Straßen die Umwelt. Eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten.“

Andreas Geisel, Senator für Inneres und Sport: „Der öffentliche Dienst bietet sichere und attraktive Arbeitsplätze. Neue Beschäftigte zu bekommen ist deswegen aber kein Selbstläufer. Neben guter Bezahlung und moderner Arbeitsplätze ist die Wohnungsfrage eine ganz zentrale. Für ihre Anwärterinnen und Anwärter hat die Polizei Berlin bereits eine Wohnungsfürsorgestelle eingerichtet, um schnell Wohnraum bereitstellen zu können. Dieses Modell sollte Schule machen. Für die Polizistin, den Feuerwehrmann und all die Menschen, die unsere Stadt am Laufen halten, brauchen wir bezahlbare Wohnungen – im Idealfall ohne weite Wege zum Arbeitsplatz. Der Werkswohnungsbau ist der richtige Schritt in diese Richtung.“